

**Haushaltsrede 2010-01-27 Andreas Müller,
Fraktionsvorsitzender Die.LINKE**

Es gilt das gesprochene Wort

Herr Vorsitzender,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

meine Damen und Herren,

An dieser Stelle möchte zunächst ich den Streikenden unsere Solidarität bekunden. Ich hoffe, dass möglichst viele Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung des Main Kinzig Kreises zur Kundgebung nach Hanau gefahren sind. Das Ergebnis dieser Tarifverhandlungen wird ja auch in dem jetzigen Haushalt eine Rolle spielen. Zur Personalpolitik des Main-Kinzig Kreises werde ich später noch einiges sagen. Die Verärgerung und das Unverständnis von Ver.di über den Verlauf der zweiten Runde der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen können wir nachvollziehen. Dass die Arbeitgeber erneut jedes Angebot verweigern, ist eine Provokation der Beschäftigten.

Wir fordern hier die Verantwortlichen im Main Kinzig Kreis auf, in den Arbeitgeberverbänden eine verantwortungsvolle Position im Sinne der Beschäftigten zu beziehen. Die Kolleginnen und Kollegen müssen es nicht hinnehmen, dass die Arbeitgeber mit Null-Angeboten Schleifen drehen.

Eine spürbare Entgelterhöhungen, einschließlich einer sozialen Komponente, wie auch die Wiedereinführung von Aufstiegsmöglichkeiten, ist möglich.

Die neue Entgeltordnung ist bisher nicht geschaffen. Die Arbeitgeber ziehen einseitige Vorteile aus diesem Zeitverzug. Auch eine Regelung zur tariflichen Altersteilzeit als Beschäftigungsbrücke – verbunden mit einer verbindlichen Übernahme von Auszubildenden – ist eine berechnete Forderung.

In der Wirtschaftskrise wäre Lohnzurückhaltung im öffentlichen Dienst eine fatale konjunkturpolitische Entscheidung. Volkswirtschaftlich

notwendig ist dagegen eine Stärkung der Binnennachfrage. Und das geht nicht mit Klientelpolitik und Steuergeschenken an die Besserverdienenden, wie es die Bundesregierung mit ihrem Wachstumsbeschleunigungsgesetz vorgibt. Stattdessen sorgen Entgeltsteigerungen im öffentlichen Dienst für mehr Geld im Portemonnaie von Beschäftigten, die es dringend brauchen und ausgeben. Sie sind deshalb wirtschaftspolitisch sinnvoll.

Anrede

Über das Brot, dass dir in der Küche fehlt, wird nicht in der Küche entschieden. Unter diesen Spruch kann man auch die kommunale Haushaltspolitik stellen.

Letztes Jahr hatten wir unsere Haushaltsrede unter das Motto gestellt: „Ausgeglichen ist nicht aufgewogen“. Leider haben wir uns da geirrt. Denn statt einem ausgeglichenen Haushalt mit 700.000 Euro PLUS, eine schwarze NULL angesichts des Haushaltsumfang, sind leider im Ergebnis runde 4 Millionen MINUS heraus gekommen.

Jetzt sieht der Haushaltsplan ein Minus von insgesamt runden 59 Millionen Minus, davon 57 Millionen in laufender Haushaltsführung, vor. Hierbei sind die Belastungen durch das Wachstums- und Bescheuertengesetz noch nicht drin. Wo werden wir mit dem Abschluss 2010 landen? Wendet man den mathematischen Dreisatz an, so kämen 250 Millionen Euro Minus raus. Ganz so schlimm wird es hoffentlich nicht werden. Aber um es ganz klar zu sagen: „Dieser Haushalt ist schon heute Altpapier!“

Sie alle haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die eingetretene globale Finanzmarktkrise und die immer noch bestehende Gefahr der Ausweitung der Weltwirtschaftskrise haben Ihre Kalkulationen mehr als je zuvor auf ganz dünnes Eis gestellt.

Die Ansätze im Haushalt werden – nach unserer Meinung – wie beim Haushalt 2009 der Realität nicht standhalten. Zwar haben sie nicht die ursprünglichen Orientierungsdaten des Landes mit 3,5% Zuwachs im kommunalen Finanzausgleich zur

Berechnung genommen, sondern sind von einer Verminderung von 34 Millionen Euro im Vergleich zu 2009 ausgegangen, aber auch dieses scheint uns völlig unrealistisch.

Alleine die Steuersenkungen der Konjunkturpakete I+II der damaligen „Großen Koalition“ kosten die hessischen Kommunen bis 2010 680 Millionen Euro. Mit dem schwarz-gelben Wachstumsbeschleunigungsgesetz sind es nochmals 218 Millionen Euro.

Der Bundestag wurde für alle weiteren Entscheidungen im Eilverfahren ausgehebelt. Ähnlich auch im Kreis, da wurden rund 80 Millionen mit wenig parlamentarischer Beratung oder Kontrolle schnell verplant und ausgegeben. Ein Gutes hat die Krise jedenfalls, es werden Investitionen an Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen getätigt, die schon lange dringend notwendig waren.

Die 82 Millionen Euro, die den hessischen Kommunen durch die sofortigen Steuergeschenke für Großverdiener entzogen werden, sind in Relation zu diesen Einnahmeverlusten der Kommunen eher gering. Sie verschärfen aber die jetzt schon angespannte Situation! Erst recht, wenn diese Steuergeschenke auf Pump finanziert und nicht mal ansatzweise geeignet sind, für Wachstum und Beschäftigung zu sorgen. Diese plumpe nachträgliche Wählerentlohnung, nein Spenderbelohnung, ist ein weiterer Sargnagel am Sarg der kommunalen Autonomie und Handlungsfähigkeit

Hinzu kommt, dass die hessische Landesregierung gerade 2011 plant, den kommunalen Finanzausgleich um 400 Millionen Euro zu kürzen. Die Auswirkungen der Kurzarbeit und die Ausfälle der Gewerbesteuererinnahmen werden auch erst dann noch einmal richtig negativ auf die Haushalte durchschlagen. Damit wird den Kommunen keine Luft zum Atmen mehr gelassen. Der Arbeitskreis Steuerschätzung prognostiziert desaströse kommunale Einnahmeverluste bis 2011 von knapp zwei Milliarden Euro in Hessen.

Meine Damen und Herren,

die kommunale Autonomie hat Verfassungsrang, die bewusste Verschlechterung der kommunalen Finanzen ist Verfassungsbruch. Art. 28 Grundgesetz wird hier verletzt und mit der Forderung nach Zwangsarbeit wird Art. 12 GG verletzt.

Die Haushaltsmisere des Main-Kinzig-Kreises und so vieler weiterer Kommunen ist Ausdruck der kommunalfeindlichen Politik aller Bundesregierungen und der hessischen Landesregierungen, unabhängig von ihrer Farbkomposition. Diese Politik – die übrigens von Ihren Parteitagsdelegierten immer mit getragen wurde - hat die kommunale Selbstverwaltung strukturell geschwächt und schwächt sie weiter.

Wir bleiben dabei: Das kann **keine** noch so effektive Kommunalpolitik alleine wieder gerade biegen.

Bund und Länder versuchen, sich immer wieder auf Kosten der kommunalen Ebene zu sanieren: sei es bei Hartz IV, der Auflösung der Versorgungsämter, bei der Zerschlagung der Umweltbehörden, bei der Krankenhausfinanzierung, um nur einige zu nennen.

Deshalb kann man die allgemeine Politik in Bund und Ländern bei der Haushaltsberatung nicht ausblenden und nun so tun als könne man diese Probleme auf kommunaler Ebene in den Griff bekommen oder gar als sei die durch Ausgabenkürzung, effektivere Verwaltung und Einsparungen zu lösen. Kommunalpolitik ist immer auch Bundespolitik. Auch deshalb sollten wir unsere Satzung z.B. überprüfen und uns fragen, ob es nicht doch sinnvoll ist auch landes- oder bundespolitische Inhalte in Anträgen zuzulassen.

So zu tun als ginge den Kreistag die übergeordnete Politik nichts an, ist ein Fehler und dies zeigt sich insbesondere an diesem Haushalt.

Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren der großen Koalition,

Ich will mal von hinten anfangen. Ganz hinten im Haushalt, vor den Anlagen, findet man den Stellenplan. Vielleicht steht er ja da, weil er so unwichtig ist oder damit man beim Lesen erst gar nicht bis zu ihm vordringt. Die LINKEN halten den kommunalen Stellenplan aber für ganz wichtig. Insgesamt verringern sich die Stellen von 1095,5 auf 1.008 also um 87,5. Ein Teil davon ist sicher durch Verlagerung auf das neue Kommunale Center für Arbeit KCA bedingt, aber halt nur ein Teil . Auch bei der inneren Verwaltung wird abgebaut.

Eine effektive und integre öffentliche Verwaltung ist die Basis staatlichen Handelns und letztlich Voraussetzung für dessen Legitimität. Nun könnte

man locker sagen: Bürokratieabbau, Effizienzsteigerung und sonstige bekannte Schlagwörter. Aber dies ist grundsätzlich falsch, wie ein Blick z.B. auf die OECD Studie zum Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zeigt. Da ist Deutschland im hinteren Feld mit ca. 11 Prozent der Beschäftigten. Wir müssen uns ja nicht gleich an Schweden und Norwegen mit knapp 30% orientieren, Frankreich mit 22% oder die USA mit 14% wären auch schon eine Verbesserung. Deutschland hat nicht zuwenig öffentlichen Dienst, das kann man zunächst einmal feststellen.

Jetzt zum Blick in den Stellenplan. Schon beim letzten Haushalt haben wir kritisiert, dass Stellen zwar ausgewiesen sind, allerdings ein großer Unterschied zwischen ausgewiesenen und auch besetzten Stellen besteht. Diese Kritik gilt es ausdrücklich noch einmal zu wiederholen. Auch im Jahr 2009 klafft eine Lücke zwischen den Stellen im Stellenplan und den tatsächlich besetzten Stellen.

Besondere Auffälligkeiten ergeben sich hier

im Sozialamt SGB II mit 32 von 41,5 Stellen bei den Beamten und 49,5 zu 62,5 bei den Angestellten, im restlichen Sozialamt noch mal mit 58,5 zu 64,5 Angestellten

im Bauamt mit 9 von 11 bei den Beamten

beim Verbraucherschutz mit 3 von 6 Beamten dienstposten

bei der Personalreserve mit 41 zu 55 Angestelltendienstposten

bei den Grund und Hauptschulen mit 100 zu 110,5

Insgesamt waren am 30.6.2009 von 872,5 Angestelltenstellen nur 793,5 und von 223 Beamten dienstposten nur 199 besetzt.

Insgesamt sind also derzeit 103 ausgewiesene Stellen unbesetzt. Rechnet man im Schnitt Personalkosten von 60.000 Euro pro Stelle, sind dies alleine 6.000.000 Euro Einsparung, die durch die Beschäftigten des Kreises erbracht werden oder die den Bürgern an Serviceleistungen fehlen.

Hier wird auf Kosten und auf die Knochen der Beschäftigten gespart. Das müsste sich 2010 eigentlich ändern und verbessern. Wir werden dies auch im kommenden Jahr im Auge behalten und hoffen, dass offene

Stellen schnellstens wieder besetzt werden. Im Interesse der Bürger und des Services, aber auch im Interesse der Beschäftigten.

Weiteres Ärgernis im Stellenplan sind aus unserer Sicht die vielen KW-Vermerke. Also Stellen, die angeblich wegfallen können. Hier lohnt ein Blick in den Stellenplan, um festzustellen, wo diese Stellen wegfallen sollen. Das sind immer die Stellen die 2 Sternchen haben.

Zunächst einmal wird die gesamte Personalreserve mit diesen Sternchen versehen. Ohne Personalreserve gibt es keine Luft für Unvorhergesehenes. Schaut man sich den Rest des Stellenplanes an, so fällt auf, dass die KW Vermerke ausschließlich untere Entgelt- und Vergütungsgruppen betreffen. An sich schon ein Punkt, der Fragen aufwirft. Wenn man sich dann noch die betroffenen Bereiche anschaut -

Grund- und Hauptschulen 7 E 5er

Gymnasien und Oberstufen 4 E 2er

Berufliche Schulen 7 E 2er

Sonderschulen 9 E 2er

Gesamtschulen 1 E 3er und 5 E 2er

- so muss man feststellen, dass dies alleine im Schuldezernat 33 Stellen im unteren und untersten Vergütungsbereich betrifft.

Dann drängt sich eine Frage auf: wird hier Roland Kochs Arbeitspflicht umgesetzt, indem man Hilfskräfte und Hausmeister an Schulen jetzt – noch mehr als bisher - mit Ein-Euro-Kräften oder dann vielleicht Pflichtarbeitern ersetzt?

Meine Damen und Herren,

Wir sollten im Main-Kinzig-Kreis die Verdrängung von regulärer Arbeit durch Ein-Euro-Kräfte nicht weiter mitmachen.

Insbesondere unseren Landtagsabgeordneten sei hier gesagt, dass Roland Koch unsere Verfassung verlässt. Art. 12 GG verbietet solche Dienste – ebenso wie die Ilo-Konvention zur Zwangsarbeit, die Deutschland im Jahre 1956 ratifiziert hat. Also der 2. Verfassungsbruch,

den man feststellen kann. **Art. 12 und Art. 28 Grundgesetz!** Ich gehe davon aus, dass die Damen und Herren, die solches tun oder fordern, nun unter Beobachtung des hessischen Verfassungsschutzes stehen.

Zwar sind im Haushalt die Ansätze für Leistungen bei Erwerbslosigkeit und Transferleistungen erhöht worden. Nach unserer Meinung sind die Ansätze jedoch viel zu positiv, also zu niedrig, und bereits von der Wirklichkeit überholt. Hinzu kommt, dass durch diese Ansätze bei Bedürftigen gespart werden muss, was sich bei den Bewilligungen von Leistungen niederschlagen wird.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs sinkt, auch im Main-Kinzig-Kreis. Die Zahl der Arbeitslosen wird steigen. Die Arbeitslosenquote liegt jetzt bei 6,7 Prozent; im Vormonat lag die Quote noch bei 6,2 Prozent. Vor einem Jahr lag die Quote bei 6,1 Prozent (Januar 2009). Im Januar 2010 waren 14030 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet, 975 mehr als im Vormonat. Dabei sind nicht die statistischen Arbeitslosen, sondern die gesamte Anzahl der Leistungsbezieher maßgebend. Wir haben im Main Kinzig Kreis insgesamt 23.901 Leistungsbezieher in ALG II. Hierfür trägt der Kreis einen Großteil der Kosten.

Diese Kosten werden steigen und können nicht aufgefangen werden. Der Rückgang von regulärer Beschäftigung schlägt bei den Einnahmen der Kommunen durch und damit indirekt über den Hebesatz auch auf den Kreishaushalt.

Meine Damen und Herren,

Für ihre Aufgaben im Rahmen der Selbstverwaltung und der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen braucht die kommunale Ebene ausreichende Ressourcen.

Wir sind auch bereit, über zeitgemäße, aber effektive und bürgernahe Verwaltungs- und Gremienstrukturen mit den Betroffenen gemeinsam nachzudenken. Unter den gegebenen bundes- und landespolitischen Rahmenbedingungen ist dies jedoch nahezu unmöglich.

Der Main Kinzig Kreist sitzt mit allen andere Kreisen und den meisten Kommunen in Hessen in der Schuldenfalle. Es stellt sich schon die Frage nach dem Sinn der der kommunalen Selbstverwaltung und der kommunalen Parlamente, wenn am Schluss nur noch Mangel zu

verwalten ist. Die Liquidität, um die laufenden Verwaltungsaufgaben wahrzunehmen, Entgelte zu zahlen, in hohem Masse bundes- und landesgesetzlichen Verpflichtungen etwa bei den Sozialausgaben nachzukommen - kann hier und anderswo nur noch über ausufernde Kassenkredite hergestellt werden. Daher stellt sich für den Haushalt des MKK die Frage, ob eine Ermächtigung zu Kassenkrediten in Höhe von 270.000.000 Euro bei einem Haushaltsvolumen von 490 Mio Euro noch angemessen ist.

Meine Damen und Herren,

Der Hessische Städtetag warnt vor dramatischen Einnahmeverlusten durch das geplante Wachstums-Beschleunigungsgesetz. Die Städte müssten sich im Jahr 2010 auf starke Einbußen bei den Gewerbesteuern und den Zuweisungen aus der Einkommensteuer einstellen, hieß es.

"Jetzt ist nicht die Zeit für Steuererleichterungen", betonte der neue Vizepräsident des Städtetages, Fuldas Oberbürgermeister Gerhard Möller (CDU). Die kommunalen Einnahmen seien durch die Folgen der Wirtschaftskrise bereits angespannt. Weitere Einbußen könnten die Städte selbst dann nicht auffangen, wenn sie sämtliche freiwilligen Ausgaben streichen würden, erklärte er. "Damit nimmt man uns die Luft zum Atmen", kritisierte der Griesheimer Bürgermeister Norbert Leber (SPD). Allein im Gemeindefinanzierungsgesetz verlieren die Kommunen aufgrund der konjunkturellen Lage Hunderte Millionen an Einnahmen gegenüber 2009.

Die Ausgaben der Kommunen im Sozialbereich werden gleichzeitig durch steigende Langzeitarbeitslosigkeit drastisch steigen und erhöhte Aufwendungen für Unterkunftskosten erfordern.

Öffentliches Eigentum und damit demokratische Steuerungsinstrumente wurden über Jahre in großem Umfang und auf allen Ebenen verscherbelt. Die Sozialsysteme mit der Agenda 2010 in erheblichem Umfang teilprivatisiert. Staat und Gesellschaft wurden im neoliberalen Wahn den brutalen Marktmechanismen ausgesetzt. Ernst zunehmende Warnungen gab es oft genug. Doch rund um den Globus soff man buchstäblich den billigen Fusel des Neoliberalismus. Die Zahl menschenunwürdiger Billigjobs – aber auch von Geschäftsaufgaben – und die Sozialnot sind so groß wie lange nicht. Damit wurden gleichzeitig die Einnahmeprobleme der Renten- und Krankenkassen verschärft,

Altersarmut vorprogrammiert. Und gerade die prekär Beschäftigten werden als erste auf die Straße gesetzt und erneut den Solidarkassen zugeschoben.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass in diesem Haushalt keine weiteren Privatisierungen oder Teilprivatisierungen vorgesehen sind. Wir kritisieren aber gleichzeitig, dass auch keine Gelder für die notwendige Rekommunalisierung vorgesehen sind. Dies wäre insbesondere bei Main-Kinzig-Gas dringend geboten.

Zu kritisieren ist auch nochmals der einfache Ausstieg aus den Schwimmbadzweckverbänden, der unter Umständen zu Schließung oder Privatisierung von Schwimmbädern führen wird. Hier zeigt sich das schizophrene Verhalten der Großkoalitionäre. Auf Gemeindeebene werden die Maßnahmen abgelehnt, auf Kreisebene zugestimmt. Auf Kreisebene wird erkannt, wohin diese Finanzpolitik führt, aber auf Bundes- und Landesebene stimmen die gleichen Parteien – manchmal auch die gleichen Politiker - zu.

Wie schizophren muss man sein, um Steuerentlastungen für Milliardäre und Millionäre zu beschließen und in den Kommunen darüber nachzudenken, welche kommunale Einrichtung, seien es Kindergarten, Sachwimmbad oder sonstige sogenannte freiwillige Leistung man als nächstes schließt bzw. abschafft?

Deswegen können wir uns in der Haushaltsberatung auch nicht nur auf die örtliche Sicht beschränken, - die gibt es so nicht und unsere Probleme sind mit Bordmitteln allein nicht mehr zu lösen. Wer das nicht sehen will, der will perspektivlos weiter machen, in der vagen Hoffnung, dass der Orkan sich legt, um dann so weiter zu wursteln wie bisher. Das wird nicht funktionieren und wäre auch politisch völlig verantwortungslos.

Meine Damen und Herren, wir erleben mit einer gewissen Genugtuung die Wiederentdeckung des Öffentlichen, der lenkenden Hand von Politik und Staat im Wirtschaftsleben. Die Propagandisten des Neoliberalismus haben in ihrer Erklärungsnot über Nacht umgestellt und behaupten das Gegenteil von dem, was gestern noch als Sünde wider den freien Markt und als Sozialismus verteufelt wurde.

Doch lassen wir uns nicht täuschen. Dieser Opportunismus dient nur dazu, die Öffentlichkeit zu beruhigen, den GAU des Marktradikalismus zu vertuschen, die Stütze für Pleitebanken, Mega-Zocker und interessierte Konzerne zu rechtfertigen und wieder „mehr Kapitalismus zu wagen“, wie Anlageberater und Spekulationsfreund Merz empfiehlt.

Meine Damen und Herren,

Armutsbekämpfung – vor allem unter Frauen, Migranten und Alten – hat keine starke Lobby. Die Zahlen der verschiedenen Berichte vermitteln nur eine Ahnung der realen Misere. Soziale Maßnahmen wie Sozialticket, Schulpaket usw. werden generell abgelehnt. Auch weiterhin ist die KdU-Erstattung oft falsch oder orientiert sich an den alten, nicht einzuhaltenden Werten. Bedürftigen wird von den Kreiswerken weder ein günstiges Stromkontingent gestellt, wie z. B. in Belgien, noch wurde ein Sozialtarif eingeführt. Für Großabnehmer gelten aber Sondertarife. Das ist soziale Gerechtigkeit.

Gerechtigkeit muss sein, vor allem nach unten.

Alle Initiativen der LINKEN zur Bildungspolitik zielen darauf ab, Kindern und Jugendlichen Chancengleichheit und eine gerechte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Bedürftige Kinder brauchen kostenlose warme Mahlzeiten und Schulbücher. Zusätzliche sozialpädagogische Fachkräfte sollten eingestellt und Stellen für Sozialarbeit – je nach Schulform – ausgebaut werden. SchulpsychologInnen werden schulformübergreifend gebraucht. Und natürlich unsere Grundforderung nach einer Schule für Alle in den Klassen 1 – 10. Das es hierfür Interesse bei den Schülerinnen und Schülern gibt, zeigt zum Beispiel der Erfolg der Genth-Schule in Wächtersbach, die G9 wieder eingeführt hat.

Meine Damen und Herren,

der Dauerskandal der kommunalen Unterfinanzierung muss beendet werden. Was für Zockerbanken und Konzerne möglich ist, darf der kommunalen Ebene nicht weiter vorenthalten werden. Prüfen Sie ernsthaft eine Verfassungsklage zusammen mit den anderen Krisenkommunen und dem Städtetag! Wir stimmen der Einschätzung in den Vorbemerkungen ausdrücklich zu, dass ein Haushaltsausgleich solange unrealistisch ist, wie das Land die Kreise nicht in die Lage versetzt, die übertragenen Aufgaben zu finanzieren.

Fazit der Linksfraktion: Wir erkennen an, dass bei den Sozialleistungen und bei der Vereinsförderung keine Kürzungen vorgenommen wurden. Wir erkennen an, dass keine weiteren Privatisierungen erfolgen sollen. Sollten die Aufsichtsbehörden auf die Idee kommen, die Brechstange an die kommunalen Haushalte zu legen und erzwingen, dass Sozialleistungen und freiwillige Leistungen gekürzt werden, so weisen wir als verfassungswidrig und illegitim zurück.

Der Haushaltsentwurf 2010 entspricht dennoch nicht unseren Vorstellungen von kommunaler Selbstverwaltung und neuer Entwicklungslogik.

Er setzt die falsche Politik von Bundes- und Landesebene fort. Der Haushaltsentwurf enthält bei weitem nicht alle Risiken und geht von viel zu optimistischen Annahmen aus. **Wir werden sehen und lassen uns gerne eines Besseren belehren.**

Ich danke für die Aufmerksamkeit!